

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15



Inhalt

Der Konjunkturzug läßt die Arbeitslosen auf dem Bahnsteig zurück, stellt Ottmar Schreiner MdB fest.

Seite 1

Auf das Eindringen rechtsextremistischer Jugendlicher in die Bundeswehr macht Walter Kolbow MdB aufmerksam.

Seite 2

Ein entwicklungspolitisches Engagement für die indigenen Völker fordert Dr. Klaus Kühler MdB.

Seite 3

Dokumentation

Zum 50. Jahrestag der Landung der alliierten Truppen in der Normandie haben Rudolf Scharping und Michel Rocard eine gemeinsame Erklärung abgegeben.

Seite 4

49. Jahrgang / 106

7. Juni 1994

Konjunkturzug läßt die Arbeitslosen auf dem Bahnsteig zurück

Bonn kann nicht auf die Selbstheilungskräfte des Marktes vertrauen

Von Ottmar Schreiner MdB
Arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die zaghafte Beschleunigung des Konjunkturzuges wirkt sich am Arbeitsmarkt nicht aus. Auch im Mai 1994 gab es mit 3,7 Millionen Arbeitslosen den höchsten Wert seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Davon stehen 1,1 Millionen Langzeitarbeitslose ganz hinten in der Warteschlange. Die um saisonale Einflüsse bereinigte Arbeitslosenzahl stieg gegenüber dem Vormonat weiter um 9.000 an. Selbst im witterungsbedingt günstigen Monat Mai beträgt die Arbeitslosenquote im Westen neun Prozent und im Osten 16,3 Prozent. Die Frauenarbeitslosigkeit im Osten liegt sogar bei 21,8 Prozent.

Die Bundesregierung kann nicht auf die Selbstheilungskräfte des Marktes vertrauen. Steigende Gewinne und Börsenkurse bedeuten noch keine neuen Arbeitsplätze. Im Gegenteil, innerhalb eines Jahres ist die Zahl der Erwerbstätigen allein im Westen um 530.000 zurückgegangen. Der Konjunkturzug beschränkt sich im wesentlichen auf Auslandsverbindungen. Die für den Arbeitsmarkt wichtige Binnenkonjunktur ist dagegen schwach, sinkende Reallohne und die Kürzung von Sozialleistungen führen dazu, daß die Nachfrage zurückgeht.

Die SPD setzt sich für einen Aufschwung für alle ein. Nicht nur eine Wirtschaftslokomotive, sondern mehr Wagen und mehr Sitzplätze beziehungsweise Arbeitsplätze. Die Bundesregierung macht hingegen noch die Zubringer kaputt. Mit dem sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetz 1994, das schon zum zweiten Mal durch den Bundestag gepeitscht wurde, will sie den wartenden Arbeitslosen sogar noch das Wartehäuschen wegnehmen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53087 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichtiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Engelring-Papier



Die Zahl der Teilnehmer an beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen ist innerhalb eines Jahres um 227.000 zurückgegangen. Schon 1993 entfielen nur noch knapp 36 Prozent der Gesamtausgaben für Arbeitsmarktpolitik auf aktive Fördermaßnahmen. Dieses Jahr dürften nicht einmal mehr 30 Prozent erreicht werden. Wir brauchen endlich eine verbindliche Haushaltsvorschrift, damit wenigstens 50 Prozent der Haushaltsmittel der Bundesanstalt für Arbeit in die Finanzierung von Arbeitsplätzen fließen und die Arbeitsämter wieder handlungsfähig werden.

(-/7. Juni 1994/rs/ks)

Wehret den Anfängen

Immer mehr rechtsextremtätliche Jugendliche drängen in die Bundeswehr

Von Walter Kolbow MdB

Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Ein 33jähriger Unteroffizier der Bundeswehr ist in Brandenburg bei einer Großrazzia als Chef einer rechtsextremen Wehrsportgruppe verhaftet worden. Das Ziel der "Wehrsportgruppe Dragon" hat offensichtlich darin bestanden, Asylbewerber anzugreifen und zu überfallen.

Die rechtsextremistischen Erscheinungen, an denen Soldaten der Bundeswehr beteiligt sind, mehren sich. Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Alfred Biehle, versucht zu erklären, daß die Beteiligung von Soldaten an rechtsextremistischen Handlungen sich in den meisten Fällen außerhalb der Kaserne und unter Alkoholeinfluß abgespielt habe, und die Soldaten dabei Zivilkleidung getragen hätten.

Doch darauf kommt es nicht an.

Beunruhigend ist, daß nach dem Ergebnis einer Studie des sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr offenbar immer mehr rechtsextremistische Jugendliche in die Bundeswehr drängen. Beunruhigend ist weiter, daß die Vorfälle zunehmen, an denen auch militärische Vorgesetzte - die junge Soldaten ausbilden und erziehen sollen - beteiligt sind. Alarmierend aber ist die Erscheinung angesichts der gesellschaftspolitischen Entwicklung in unserem Lande, wo beinahe täglich schwerste Straftaten gegen Ausländer und gegen alles "Nicht-Deutsche" aus dem rechtsradikalen Sumpf heraus geschehen.

Hier nützt es nichts zu relativieren und dadurch zu verharmlosen, im Gegenteil: Wachsamkeit und entschlossenes Handeln sind von uns allen gefordert - vor allem aber von den politisch Verantwortlichen und den militärischen Vorgesetzten.

Die "Augsburger Allgemeine" stellte jüngst fest:

"Bislang konnte die Bundesrepublik Deutschland stolz auf ihre Streitkräfte sein, die fest auf dem Boden der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit standen. Der Bürger in Uniform - das war Anspruch und Auftrag zugleich. Notwendig ist deshalb eine entschiedenes Vorgehen der politischen wie militärischen Führung gegen drohende rechte Auswüchse. Sonst könnte die Armee, wie schon einmal, zu einer Gefahr für Staat und Gesellschaft werden."

Diesem Kommentar ist nichts hinzuzufügen.

(-/7. Juni 1994/rs/ks)

Das Leiden der indigenen Völker wächst von Tag zu Tag
Die Entwicklungspolitik muß sich für diese Minderheiten stark machen

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Weltweit werden etwa 300 Millionen Menschen, in ca. 5000 Stämmen und Gruppen organisiert, zu den indigenen Bevölkerungen gezählt. Sie gehören zu den am meisten benachteiligten Gruppen der Welt und leben fast ausschließlich am äußersten Rand der Gesellschaft.

Hoffnung kam auf, als die Vereinten Nationen 1993 zum offiziellen VN-Jahr der indigenen Bevölkerung ausriefen. Neben symbolischen Akten standen massive Verbesserungen der wirtschaftlichen und rechtlichen Lage Indigener auf der Agenda. Heute, ein Jahr später erscheint dieses Ziel jedoch verfehlt worden zu sein. Die VN-Botschafterin für indigene Bevölkerungen, Frau Rigoberta Menchu, deren Wirken für Menschenrechtsverbesserungen in Guatemala 1992 mit dem Friedensnobelpreis gewürdigt wurde, stellte in einer Rede im Dezember 1993 in Kolumbien fest, daß das zu Ende gehende Jahr nur symbolischen Charakter hatte, konkrete Ergebnisse jedoch ausblieben.

Dabei sind aber konkrete Ergebnisse mehr denn je erforderlich, um das Los von Millionen von Menschen zu verbessern. Tagtäglich müssen sich Angehörige indigener Volksgruppen gegen die Bedrohung ihrer Lebensgrundlagen und die Verletzung ihrer Rechte wehren.

Nur besonders erschütternde Menschenrechtsverletzungen, wie zum Beispiel das Massaker an den Janomami-Indianern im Juli 1993 in Venezuela und der blutig niedergeschlagene Aufstand der Indianer im Bundesstaat Chiapas in Mexiko im Januar 1994 haben den Weg in westliche Zeitungen gefunden.

Tagtäglich wird das Leid Indigener durch Zugriff in- und ausländischer Unternehmen, Großgrundbesitzer und Siedler vergrößert. Obwohl die Öffentlichkeit im Vergleich zu vorhergegangenen Jahren durch weitreichendere Auslandsberichterstattungen besser und ausführlicher informiert wird, findet die Zerstörung indigenen Landes und seiner Ressourcen weitgehend ohne Widerspruch oder Verurteilung der Welt statt.

Zahlreiche Faktoren spielen bei der existentiellen Bedrohung Indigener eine große Rolle. Besonders hervorzuheben wäre dabei die massive Umweltzerstörung, die sich in verschiedenste Variationen niederschlägt. Holzeinschlag raubt zum Beispiel in Kamerun den Bedjang ihre Lebensgrundlage. Ausbeutung von Bodenschätzen, Urbarmachung von vormals landwirtschaftlich unberührten Böden, sowie die Vergiftung von Flüssen und ganzen Landstrichen und deren Folgen sind beispielsweise ein Grund für die Vernichtung ganzer Indianerstämme im Amazonasgebiet. Nicht zu vergessen die Überflutung ganzer Lebensräume Indigener durch Staudämme, wie der Bau des Sardar Sarovar-Staudamm in Indien gezeigt hat, der die Umsiedlung von 250.000 Menschen, in der Mehrzahl Angehörige der Chakma und Mamma, zur Folge hatte.

Darüberhinaus haben Indigene verzweifelt gegen massive Beeinträchtigungen ihrer Lebensform durch einströmende Touristen, wie am Beispiel der San in Südafrika zu sehen ist, zu leiden.

Diese Erkenntnis muß leider auch für die zahllosen Verwicklungen indigener Bevölkerungen in nationale und internationale militärische Konflikte gelten. Das sind Kriege, in die die indigenen Bevölkerungen durch den Standort militärischer Anlagen auf ihren Gebiet gegen ihren Willen hineingezogen werden. Exemplarisch sind die Bedrohungen der Miskito-Indianer in Nicaragua sowie der indigenen Bevölkerungen Guatemalas.

Ohne die teilweise beträchtlichen Verbesserungen indigener Lebens durch die Konvention Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) oder der Arbeitsgruppe für indigene Bevölkerungen des Wirtschafts- und Sozialrates der VN zu schmälern, sind vielversprechende Ansätze, die Verfolgung und die Unterdrückung mit Hilfe internationaler Instrumente zu unterbinden, bis zum heutigen Tage nicht in Sicht.

Daher geht von der Abschlusserklärung der Weltkonferenz über Menschenrechte im Juli 1993 in Wien die Forderung aus, eine Dekade der indigenen Weltbevölkerung, beginnend am 1. Januar 1994, auszurufen, um die Probleme dieser Menschen in das Licht der Weltaufmerksamkeit zu rücken sowie eine Deklaration über die Rechte Indigener Bevölkerungen zu erstellen.

Je detaillierter die Verhandlungen über die Deklaration über die Rechte indigener Bevölkerungen jedoch werden, je mehr erscheint es, daß die indigenen Bevölkerungen nach einer kurzen Unterbrechung im Scheinwerferlicht der Weltkonferenz von 1993, wieder auf sich allein gestellt sein werden.

Die weltweite politische Vernachlässigung der Interessen der indigenen Bevölkerungen muß ein Ende haben. Gefordert ist eine Entwicklungspolitik, die die Interessen der indigenen Bevölkerungen ausreichend berücksichtigt. Gefordert sind ferner Entwicklungsprojekte in enger Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen oder staatlichen Organisationen zum Wohle der 300 Millionen vernachlässigten Indigenen auf dieser Erde. Ein Umdenken ist dringend erforderlich. Die Zeit drängt.

Daher fragt die SPD-Fraktion die Bundesregierung u.a., wie sie deutsche und ausländische Nichtregierungs-Organisationen unterstützt, ob sie Kriterien für erforderlich hält, die deutschen Firmen im Ausland ein menschenrechts- und umweltverträgliches Vorgehen auferlegt und wie sie zum Beispiel das Vorgehen der Sicherheitsbehörden der mexikanischen Regierung in den ersten zwei Wochen des Indianeraufstandes im Bundesstaat Chiapas im Januar 1994 beziehungsweise das Vorgehen der Regierung Venezuelas gegen die Verantwortlichen des Massakers an den Janomami-Indianern im Juli 1993 beurteilt.

(-7. Juni 1994/rs/ks)

DOKUMENTATION

Für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger

Wir dokumentieren eine gemeinsame Erklärung des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Rudolf Scharping, und des Ersten Sekretärs der Sozialistischen Partei Frankreichs, Michel Rocard, zum 50. Jahrestag der Landung der alliierten Truppen in der Normandie.

Vor fünfzig Jahren begann in der Normandie die Befreiung Europas von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Im Rückblick auf den Krieg und im Gedenken an die Opfer von Schrecken und Gewalt sind wir glücklich, daß die Befreiung von damals in der späteren deutsch-französischen Aussöhnung ihre europäische Vervollständigung gefunden hat. Europa bleibt auf das engere deutsch-französische Zusammengehen angewiesen. Gemeinsame Initiativen in

der Europäischen Union werden auch in der europäischen Geometrie von morgen ihre Bedeutung behalten. Nach dreißig Jahren fruchtbarer Zusammenarbeit steht die deutsch-französische Partnerschaft vor neuen Herausforderungen: Daher müssen der deutsch-französische Interessenausgleich und die Instrumente der Verständigung gepflegt, stets aufs neue durchdacht und zum Nutzen aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union fortentwickelt werden.

Dazu schlagen wir folgendes Programm vor:

1. In der Weiterentwicklung des Vertrages von Maastricht straben wir ein handlungsfähigeres, demokratischeres und sozialeres Europa an, mit mehr Mitwirkung des Europäischen Parlaments und der Bürger und Bürgerinnen unseres Kontinents. Ein deutsch-französischer Vorschlag für eine bürgernahe europäische Verfassung mit einem Katalog der Grundrechte in der Europäischen Union wäre ein konkretes Signal.

2. Zu den Schwächen des Maastrichter Vertrages gehört das Fehlen einer europäischen Sozialcharta mit für alle verbindlichen sozialen Mindeststandards sowie das Fehlen steuerlicher Mindestregelungen (insbesondere für Kapitaleinkünfte) als Beitrag zu mehr Gerechtigkeit. Deutsche und Franzosen sollten bei der sozialen Harmonisierung Europas vorangehen. In die künftige Welthandelsorganisation müssen Deutschland und Frankreich Spielregeln für einen fairen, sozial- und umweltverträglichen Handel einbringen. Dies gilt auch für eine umfassende Neugestaltung der europäischen Beziehungen zum asiatisch-pazifischen Raum, insbesondere zu Japan.

3. Angesichts der sich uns stellenden Probleme der Arbeitslosigkeit muß die europäische Wachstumsinitiative in enger Abstimmung zwischen Kommission, Europäischem Parlament und den Mitgliedsstaaten mit ausreichenden Mitteln umgesetzt werden. Für diese Entwicklung bieten die deutsch-französische Nachbarschaft sowie die interregionale Zusammenarbeit und Dichte des Wirtschaftsaustauschs gute Voraussetzungen. Besonders wichtig sind umweltfreundliche Industrie- und Infrastrukturmaßnahmen mit hohen Beschäftigungseffekten. Trans-europäische Verkehrs- und Kommunikationssysteme müssen vor allem die Ost-West-Verbindungen stärken.

4. Bei der Entwicklung moderner Technologien haben die Erfolge des Airbus und der Ariane beispielhaft das Potential des deutsch-französischen Zusammengehens gezeigt. Die weltweite Konkurrenz der Hochgeschwindigkeitszüge zum Beispiel ist Anlaß, neue Formen der Zusammenarbeit zu suchen und die Kräfte dadurch zu bündeln. Politik, Unternehmen und Gewerkschaften sind dazu aufgefordert, die entsprechenden Impulse zu geben.

5. Der Abbau von Arbeitslosigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen ist europäische Priorität. Daran muß sich die Wirtschafts- und Finanzpolitik orientieren. Die Berufsberatungssysteme sowie die Struktur der Leistungen müssen für den europäischen Arbeitsmarkt neu gestaltet werden. Die Vorschläge zur Arbeitszeitgestaltung und Verkürzung müssen in Abstimmung mit den Gewerkschaften differenzierter ausgeformt werden. Deutsch-französische Modelle im Bereich der Nachwuchsförderung können Zeichen für europäische Arbeitnehmermobilität setzen.

Im Jugendaustausch sind neue Bereiche, zum Beispiel der inzwischen erfolgreich erprobte Austausch auf Grundschulebene, als wichtige Maßnahme der interkulturellen Bildung und Horizontanweiterung auf eine feste Grundlage zu stellen. Im Geiste des bewährten Jugendaustausches muß das Erlernen der französischen Sprache in Deutschland und der deutschen Sprache in Frankreich konsequent weiterentwickelt werden.

6. Fremdenhaß und rassistische Gewalt bedrohen den Bürgerfrieden. Bei der entschlossenen Verteidigung der demokratischen Grundwerte werden Deutsche und Franzosen Arm in Arm gehen.

7. Die schnelle Heranführung der mittel- und osteuropäischen Demokratien an die Europäische Union ist für die Stabilisierung unseres Kontinents unerlässlich. Die dortigen Märkte sind eine Wachstumschance für Europa. Deswegen müssen wir die Kaufkraft dieser Länder durch Marktöffnung stärken.

Was im deutsch-französischen Verhältnis möglich war, kann Vorbild für die Zusammenarbeit Deutschland-Frankreich und Polen sein. Aus den gleichen Stabilitätsgründen erscheint uns die Entwicklung einer Mittelmeerpolitik der Europäischen Union erforderlich, insbesondere mit Blick auf den Maghreb. Über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, zu der Deutschland und Frankreich einen beträchtlichen Beitrag leisten können, kann der Fundamentalismus zurückgedrängt werden.

Vor dem Hintergrund der tragischen Ereignisse im früheren Jugoslawien sollten gemeinsame Überlegungen angestellt werden hinsichtlich Krisen- und Konfliktprävention. Ein deutsch-französisches Friedenswerk könnte sich dieser Aufgabe widmen.

8. Deutschland und Frankreich tragen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Kraft und Erfahrungen besondere Verantwortung für die Vereinten Nationen. Eine gemeinsame UN-Politik ist daher überfällig. Im Sicherheitsrat sollte die Europäische Union in Zukunft mit einer Stimme sprechen.

Die Sicherheit für uns alle beruht nicht allein auf militärischer Verteidigungsfähigkeit, sondern auch auf dem im zügigen Ausbau sozialer Systeme und der Entwicklung wirtschaftlicher Stabilität. Daher wollen wir auch eine gemeinsame Friedens- und Demokratiepölitik für den Süden unserer Welt. Nur so werden wir die Flucht der Menschen aus dem dortigen Elend in die wirtschaftlich reicheren Länder des Nordens eindämmen können.

Um diese Ziele besser erreichen zu können, müssen die bestehenden deutsch-französischen Konsultationsmechanismen zu einer abgestimmten Politik fortentwickelt werden, insbesondere durch die Stärkung der Rolle des deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates einerseits und des Finanz- und Wirtschaftsrates andererseits, die mehr sein sollten als Gelegenheiten zu schlichtem Meinungsäustausch. Gipfelbegegnungen dürfen nicht zu Ritualen erstarrten. Sie müssen Instrumente einer gemeinsamen Politik sein.

Die parlamentarische Zusammenarbeit kann durch die Einsetzung eines deutsch-französischen Parlamentsausschusses auf eine solide neue Basis gestellt werden. Die deutsch-französische Freundschaft ist im europäischen Selbstverständnis der Deutschen und Franzosen verwurzelt. Die Menschen in unseren Ländern wollen, daß diese Freundschaft zum Wohle eines Europa beiträgt, in dem sich die Menschen jenseits ethnischer Zugehörigkeit als Bürger Europas empfinden.

(-/7. Juni 1994/rs/ks)
